

DIE ZWEI REKTOREN DER WPU ROSTOCK UND DIE STAATSSICHERHEIT

Prof. Dr. Wolfgang Brauer, Rektor von 1976 bis 1989

Am 08.01.1976 fand die feierliche Investitur des Germanisten Prof. Dr. Wolfgang Brauer zum Rektor der Universität Rostock statt. Gleichzeitig wurde die Verleihung des Namens „Wilhelm-Pieck“ an die althehrwürdige Universität Rostock gefeiert.

Das folgende Foto zeigt einen der Gratulanten, der laut Bildbeschreibung „ein Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit“ war. Es handelt sich um Oberst Guenter Schmidt, Parteisekretär der MfS-Bezirksverwaltung Rostock.



MfS-Oberst Guenter Schmidt gratuliert Rektor Brauer zur Investitur, Foto: UAR

Am Abendempfang des 08.01.1976 in der Mensa Südstadt nahmen hochrangige SED-Funktionäre teil.



V. l. n. r. Kurt Hager, Prof. Dr. Brauer, NN, Hochschulminister Hans-Joachim Böhme, Elly Winter (Tochter von Wilhelm Pieck), NN, Egon Krenz

Aus Leipzig kommend, war Prof. Brauer langjähriger Direktor der Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) an der Universität Rostock und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Germanistischen Institut gewesen. Am 01.04.1969 wurde er zum Direktor für Erziehung und Ausbildung berufen und 1974 zum Professor ernannt.

Bereits im Jahr 1955 hatte sich Wolfgang Brauer, damals Dozent an der ABF der Universität Leipzig, schriftlich verpflichtet, die Geheimpolizei der DDR bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen und hierüber mit keiner dritten Person zu sprechen. Als Decknamen hatte er „Gregor“ gewählt. Diese Verpflichtungserklärung leistete er gegenüber dem Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS), weil das 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) während des Volksaufstandes am

17.06.1953 aus Sicht des Politbüros versagt hatte und zum 23.07.1953 zum SfS zurückgestuft und dem Ministerium des Innern unterstellt worden war.

[Quelle: BArch, MfS, AIM 219/71, 11-13]

In Rostock hatte Wolfgang Brauer seit 1969 offiziellen Kontakt zum MfS. Am 21.1.1971 erfolgte seine Werbung zum Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) der Bezirksverwaltung Rostock mit dem Decknamen „Brauer“. Ab 1979 verwendete er den Decknamen „Wolfgang“.

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XX, ZMA, S. 16]

Das MfS schätzte ein, dass Prof. B. ein partei- und klassenverbundener Genosse ist, der sich in seiner mehr als 25jährigen Mitgliedschaft in der SED große Erfahrungen im politischen Leben angeeignet habe. Er verfüge über fundierte Kenntnisse im Marxismus-Leninismus, trete stets parteilich in Diskussionen und Gesprächen auf und strahle Überzeugungskraft aus.

Ein Beispiel für ein *offizielles Gespräch* mit dem MfS ist eine „Absprache mit dem Rektor der WPU Rostock, Prof. Brauer“ am 18.10.1976 mit Hauptmann Wachlin von der Abt. XX/3. Zeitweise in Anwesenheit des Sektionsdirektors erfolgte eine Abstimmung über einzuleitende Sanktionen gegen einen Wissenschaftler der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft (SBW), der unwahre Angaben zu Verbindungen in die BRD gemacht hatte. Insbesondere sollte die Promotion B des Betroffenen für ein Jahr ausgesetzt werden.

Weiter wurde Prof. Brauer in diesem Gespräch von Hauptmann Wachlin gebeten, bis zum 22.10.1976 an den Sektionsdirektor der Theologie den Hinweis zu geben, dass die staatliche Leitung der WPU (!) daran interessiert sei, dass ein Prof. H. (Gemeint: Prof. Dr. Dr. h.c. Gert Haendler) weiter alte Kirchengeschichte und Dr. Wendelborn die neueste Kirchengeschichte und Ökonomie (richtig hätte es „Ökumene“, also weltweite

Kirchengeschichte geheißen) lehrt. Das MfS setzte sich auf diese Weise für die Interessen von Dr. Gert Wendelborn ein, der für sie als IMS „Heinz Graf“ tätig war.

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, AGMS 2528/82, S. 80-81]

Ein Beispiel für ein *inoffizielles Gespräch* ist der Treff mit Hauptmann Wachlin und Oberleutnant Bartels am 18.04.1978 im Büro von 9 bis 10.15 Uhr mit dem GMS Brauer, das auf Wunsch des GMS außerplanmäßig durchgeführt wurde.

Gemäß der Treffauswertung informierte der GMS über ein Vorkommnis mit dem befristeten Assistenten der Sektion Mathematik Dr. Wolfgang Moldenhauer. Durch den GMS wurde entschieden, aufgrund der Vorkommnisse eine Aussprache mit ihm zu führen und ihm einen Auflösungsvertrag anzubieten. Sollte Dr. Moldenhauer nicht darauf eingehen, sollte die befristete Assistentenstelle im Februar 1979 nicht in eine unbefristete umgewandelt werden.

Dr. Wolfgang Moldenhauer hatte in einer öffentlichen Veranstaltung am 14.04.1978 während der FDJ-Studententage eine spitzfindige Frage an den DDR-Fernsehanwalt Kaul im Zusammenhang mit dem laufenden Majdanek-Prozess gestellt. Er wurde nicht wie geplant in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis an der Universität übernommen, sondern musste sich in der Praxis bewähren.

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, AGMS 2528/82, S. 145-146]

Wie schon sein Amtsvorgänger Prof. Dr. Heidorn sandte auch Rektor Prof. Brauer regelmäßig Glückwunschscheiben der nachstehenden Art an den Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit:

„8. Februar 1977

Sehr geehrter Genosse Mittag!

Zum 27. Jahrestag der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit beglückwünsche ich Sie und die Mitarbeiter Ihres Bereiches namens der Angehörigen unserer Wilhelm-Pieck-Universität Rostock sehr herzlich. Uns ist dieser Tag Anlaß, unsere Gratulation mit einem besonderen Dank zu verbinden für die uns im Rahmen der bisherigen Zusammenarbeit seitens Ihres Ministeriums immer wieder bewiesene Unterstützung. Dadurch konnten die Angehörigen unserer Universität in Frieden und Sicherheit ihrer hohen Verpflichtung gegenüber unserer sozialistischen Gesellschaft nachgehen. Immer mehr Mitarbeiter der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock erkennen die Gefährlichkeit des Klassenfeindes, der kein Mittel scheut, eine erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit zu stören. In der Auseinandersetzung mit diesem Gegner wissen wir uns eins mit den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit [...]

Ihnen, sehr geehrter Genosse Oberst, und Ihren Mitarbeitern für Ihre verantwortungsvollen Aufgaben Gesundheit, beste Schaffenskraft und weitere Erfolge wünschend, verbleibe ich

Mit sozialistischem Gruß

gez. Brauer

Prof. Dr. sc. phil. Brauer“

[Quelle: UAR, Rektoratsakten]

Anlässlich des 28. Jahrestages des MfS wurde der „Genosse Prof. Dr. Brauer“ mit der Verdienstmedaille der NVA in Silber ausgezeichnet:

KQ. AP. 44. 71 104

BStU
000116

- Abteilung XX - Leiter Rostock, 24. Okt. 1977

bestätigt: *Scherwinski*
Leiter der Bez.-Verw.

Vorschlag zur Auszeichnung mit der Verdienstmedaille der NVA in Silber

Bef. K 435/78 8.02.78

Es wird vorgeschlagen, Genossen

Prof. Dr. Brauer, Wolfgang
Rektor der W.-Pieck-Universität Rostock
Alter: 52 Jahre
Partei: SED seit 1946

anlässlich des 28. Jahrestages des MfS mit der Verdienstmedaille der NVA in Silber auszuzeichnen.

Begründung:

Die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit unterhält seit Jahren zum Genossen Prof. Dr. Brauer vertrauliche Verbindungen.

Mit Unterstützung des Gen. Prof. Dr. Brauer konnte das MfS eine Reihe politisch-operativ wichtiger Aufgaben lösen.

So wurden mit seiner Hilfe legendierte Freistellungen für inoffizielle Mitarbeiter erwirkt und Maßnahmen zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit an der WPU Rostock durchgesetzt.

Es erfolgten mit Gen. Prof. Dr. Brauer Auswertungen negativer Verhaltensweisen von Wissenschaftlern und Studenten der Universität, in deren Ergebnis durch ihn disziplinarische Maßnahmen eingeleitet wurden.

Die vorgesehene Auszeichnung wurde am 24. Okt. 1977 mit dem Stellv. Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Prof. Dr. Heidorn, abgestimmt.

Die Auszeichnung wird durch den Leiter der Abteilung XX, Genossen Oberstltm. Scherwinski, vorgenommen.

Scherwinski
Scherwinski
Oberstltm.

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, AGMS 2528/82, S. 116]

Prof. Brauer nahm im April 1981 als Gastdelegierter am X. Parteitag der SED in Berlin teil. Wieder in Rostock, teilte er seinem 1. Prorektor Prof. Dr. Wilhelm Neumann vertraulich mit, dass er nicht noch einmal als Rektor fungieren möchte, da ihm die „ständige Erfolglosigkeit“ zu schaffen

made. Er fände das „Anhimmeln des Generalsekretärs des ZK der SED, Gen. Honecker“ unmöglich und könne das „Hurra-Schreien“ nicht mehr ertragen. Als IME „Martin Martens“ meldete Prof. Neumann diese Äußerungen an die Staatssicherheit weiter.

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, AGMS 2528/82, S. 300-311]

Der Sicherheitsbeauftragte der Universität Jochen Lübcke informierte als IM „Falke“ im Januar 1982 die Staatssicherheit darüber, dass Prof. Brauer sich sinngemäß wie folgt geäußert habe:

„Man erwarte immer von uns, dass wir die Diskussionen darauf aufbauen, daß der Sozialismus die bessere Gesellschaftsordnung sei. Was aber am Sozialismus viel besser ist, kann er schlecht erkennen, deshalb auch schlecht erklären, denn sonst brauchten wir ja nicht da sitzen und sonst würden uns ja nicht die Leute verlassen wollen.“

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, AGMS 2528/82, S. 312]

Im November 1982 analysierte das MfS das gesamte Wirken von Prof. Dr. Brauer. In einer Sendung des RIAS vom 12.10.1982 sei er wie folgt zitiert worden:

„Den rigorosen Sparkurs der Ostberliner Führung bekommen auch die Hochschulen in der DDR zu spüren. Nach Angaben des Rektors der Rostocker Universität, Prof. Brauer, könnten Etatkürzungen Auswirkungen auf geplante und laufende Forschungsvorhaben haben, denn vor allem die Devisenknappheit führe dazu, dass Forschungsgeräte und Ersatzteile aus dem Westen nicht mehr eingeführt werden könnten. Die Entwicklung habe eine Beunruhigung unter den Hochschullehrern ausgelöst“

Auch sei es in der Zusammenarbeit mit dem MfS wiederholt zu „Unzuverlässigkeiten und Unehrllichkeit bei B.“ gekommen. Beispielsweise habe er sich nicht an die Vereinbarung mit dem MfS vom 18.10.1976 (siehe oben) gehalten, dass der SBW-Wissenschaftler, gegen den ein

Disziplinarverfahren eingeleitet worden war, seine Arbeit an der Promotion ein Jahr unterbrechen sollte. Prof. Brauer „*würde an der Richtigkeit der Politik unserer Partei zweifeln und mit Pessimismus und Resignation in der gegenwärtig komplizierten Klassenkampfsituation in Erscheinung*“ treten. Deshalb wurde vorgeschlagen, über ihn eine Operative Personenkontrolle (OPK) anzulegen mit dem Ziel, seine tatsächliche politische Einstellung und die Motive für seine Handlungsweisen zu erarbeiten. Der GMS-Vorgang wurde im Archiv gesperrt abgelegt.

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, AGMS 2528/82, S. 335-340]

Die Operative Personenkontrolle (OPK) „Aula“ zu Prof. Brauer wurde am 3.11.1982 eröffnet.

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XII/Archiv AOPK 1204/85, Band 1, S. 5-11]

Auf der Grundlage der umfangreichen Aufklärungsergebnisse und der Nichtbestätigung der operativ-bedeutsamen Hinweise zu B. entsprechend der Zielstellung der OPK „Aula“ wurde im Abschlussbericht vom 23.04.1985 vorgeschlagen, die operative Bearbeitung einzustellen. Die Erfassung des B. für die Abteilung XX wurde auf Grund seiner staatlichen Leitungstätigkeit sowie der Bestätigung als Reisekader für das nichtsozialistische Ausland aufrechterhalten.

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, Abt. XII/Archiv AOPK 1204/85, Band 1, S. 148-152]

1985 entschied sich Jürgen Bock, Professor für Wahrscheinlichkeitsrechnung und Statistik an der Sektion Mathematik, seiner Frau zu folgen, die nach einer privaten Reise in die Bundesrepublik Deutschland nicht wieder in die DDR zurückgekehrt war. Nachdem er einen Ausreiseantrag gestellt hatte, wurde ihm die *Facultas docendi* entzogen, was zu seiner Abberufung führte. Rektor Brauer traf daraufhin folgende Festlegungen:

„Künftige Berufungen zum Hochschullehrer an die Sektion Mathematik können nur erfolgen, wenn die Kandidaten politisch gefestigte und bewährte Persönlichkeiten sind. Die erforderlichen Abklärungen werden durch die Universitätsleitung mit entsprechenden Maßnahmen unterstützt. Gleichzeitig wird bei jedem Genossen der Sektion Mathematik individuell die Freigabe für eine Berufung bzw. Höherberufung an andere Hochschulen geprüft und entschieden, um nicht eine unververtretbare Schwächung der Parteikräfte zuzulassen. Universitätsleitung und Universitätsparteileitung sind unverzüglich in den Prozeß der Entscheidungsfindung über Berufungen von außerhalb und nach außerhalb einzubeziehen [...]

Es ist alles zu tun, um schnellstmöglich die Besetzung der Funktion des Sektionsdirektors durch einen befähigten Genossen Professor zu gewährleisten [...]“

[Quelle: UAR, VD PNT/7/85/2-5, Schreiben von Rektor Brauer an den Minister für Hoch-und Fachschulwesen]

Prof. Brauer blieb bis 1989 Rektor der WPU und ging 1990 in den Ruhestand. Seine Verbundenheit mit der Universität brachte er dadurch zum Ausdruck, dass er bis zu seinem Tod im Jahr 2022 Mitglied der Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock e.V. war.

Prof. Dr. Klaus Plötner, Rektor von 1989 bis 1990

Als Nachfolger von Prof. Dr. Brauer war der Landtechniker Prof. Dr. Klaus Plötner für das Rektoramt auserwählt worden.

Klaus Plötner war von 1972 bis 1977 Hochschuldozent für Konstruktions-technik (Landmaschinenkonstruktion) und wurde dann zum ordentlichen Professor für Landmaschinenkonstruktion berufen.

Am 09.04.1974 wurde Dr. Klaus Plötner auf der Grundlage der „politisch-ideologischen Überzeugung“ für die inoffizielle Zusammenarbeit für die Abteilung XV, also für die Auslandsaufklärung des MfS schriftlich verpflichtet. Er wählte sich den Decknamen „Otto Richter“:

Rostock, d. 9.4. 1974

ESU
000200

Verpflichtung

Ich, Plötner Klaus, geb. am 8.9.40, verpflichte mich das Ministerium für Staatssicherheit in der Arbeit zu unterstützen. Über die Zusammenarbeit werde ich gegenüber jeder Person strenges Stillschweigen wahren. Entsprechend meiner Möglichkeiten werde ich bei möglichen Treffs und Aufgaben realisieren. Zu meiner tiefsten Sicherheit wähle ich den Decknamen „Otto Richter“

Klaus Plötner

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, AIM 2585/88 Bd. 1, S. 200]

In einer Einschätzung des MfS vom 13.07.1977 heißt es:

„Der IM war für die Einsatzrichtung als Einsatzkader vorgesehen und wurde in dieser Richtung teilweise vorbereitet und auf Ehrlichkeit überprüft.

Da bei dem IM 1976 eine arbeitsmäßige Veränderung eintrat, wurde er in der Vergangenheit verstärkt als Stützpunkt und abwehrmäßig genutzt. Der IM ist mit den notwendigen oper.-fachl. und konspirativen Mitteln und Methoden unserer Arbeit vertraut und versteht sie in der Erfüllung oper. Aufgaben anzuwenden

Für den IM ist es oftmals kompliziert, die Trefftermine einzuhalten...

Der IM bezieht eine klare Klassenposition und setzt sich für eine schnelle Beseitigung von Unzulänglichkeiten ein.“

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, AIM 2585/88, Bd. 1, S. 189-190]

Die erwähnte arbeitsmäßige Veränderung bezieht sich darauf, dass Prof. Plötner von 1976 an als Prorektor für Erziehung und Ausbildung tätig war. Die inoffizielle Zusammenarbeit des IME „Otto Richter“ mit der Abteilung XV/BV Rostock wurde 1981 nach seiner Rückkehr in die Sektion Landtechnik „aufgrund fehlender objektiver Möglichkeiten“ eingestellt.

Von 1981 bis 1988 stellte das Ehepaar Plötner ein Zimmer ihrer Wohnung der Abteilung 26/5 der BV Rostock des MfS als konspirative Wohnung IMK/KW „Frenzel“ zur Verfügung. Die Abteilung 26 war vor allem für Abhörmaßnahmen zuständig. Die Inhaber informierten darüber hinaus zu allen Problemen des Arbeits-, Freizeit- und Interessenbereiches. Operativ auswertbare Informationen wurden den zuständigen Dienststeinheiten der BV Rostock zur Verfügung gestellt.

[Quelle: BArch, MfS, BV Rostock, AIM 2585/88, Bd. 1, S. 199]

Die IMK/KW-Inhaber erhielten für die Bereitstellung eines Zimmers ihrer Wohnung keine finanzielle Zuwendung. Ihnen wurden als Dank für die Unterstützung im Verlauf der Zusammenarbeit Präsente überreicht.

Anlässlich des 39. Jahrestages der Gründung der DDR wurden sie mit der „Verdienstmedaille der NVA“ in Bronze ausgezeichnet. Der Orden und die Urkunde wurden ihnen ausgehändigt. Die Zusammenarbeit mit den IMK-Inhabern wurden am 23.11.1988 eingestellt, da Prof. Plötner ab 20.01.1989 die Funktion des Rektors der WPU Rostock übernahm.

In Vorbereitung auf das Rektoramt wurde im März 1987 beantragt, Prof. Plötner in die Kaderreserve des ZK der SED aufzunehmen:

Hauptabteilung XX

Berlin, 3. 3. 1987
XX/10/he/Tel. 21 546

BV Rostock
Abt. 26

BSTU
0014

KE

Kaderauftrag Nr. 2033

Prof. Dr. Plötner, Klaus
geb. am 08. 09. 1940 in Stadtroda
wh. [REDACTED]
Hochschullehrer, Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

soll in die Kaderreserve des ZK der SED, Abt. Wissenschaften,
aufgenommen werden.

[REDACTED]

Überprüfungsergebnis in der Abteilung XII: beide erf. f. BV Rostock, Abt. 26
unsere F 10 vom 26. 2. 87
Nr. Z 5700099, Z 5750101

Wir bitten, uns bis zum 19. 3. 87 eine Einschätzung nach folgenden Punkten zu übersenden:

- Politische Zuverlässigkeit
- Leumund, Charaktereigenschaften, Neigungen, Familienverhältnisse
- Bestehen Westverbindungen, erfolgte ungesetzliches Verlassen der DDR aus dem Familienkreis?
- Gibt es beim MfS oder bei der VP operative Hinweise?
- Stellungnahme zum Einsatz.

487 386 3.0

[Quelle: BArch, MfS, AP Nr. 79728/92, S. 14]

Am 12.3.1987 bescheinigte die BV Rostock des MfS dem Ministerium für Staatssicherheit, HA XX/10, dass es keine Bedenken gegen die Aufnahme von Prof. Plötner in die Kaderreserve des ZK der SED gäbe:

VH 160187 A

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Rostock
Abteilung 26

Rostock, 12. März 1987
rein-le /87

BSTU
0015

MfS - 286 - 17. MRZ 1987 Tgh. Nr. 6295 Weiter on:	
---	--

Ministerium für Staatssicherheit
HA XX/10

Berlin

Kaderauftrag Nr. 2033
Prof. Dr. P l ö t n e r , Klaus

Prof. Dr. P l ö t n e r , Klaus
geb. am: 8. 9. 1940 in Stadtroda
wohnhaft: 2500 Rostock, [REDACTED]

Prof. Dr. Plötner ist seit 1964 Mitglied der SED und wirkte und wirkt in vielen gesellschaftlichen Funktionen mit. Er besitzt einen klaren Klassenstandpunkt und verfügt über ein hervorragendes politisches Grundwissen. In seinem gesamten Auftreten und Handeln ist seine parteiliche Haltung stets spürbar, die er offen und offensiv vertritt.

P., Klaus besitzt eine positive Einstellung zur Arbeit. Seine Fähigkeiten in der Führungs- und Leitungstätigkeit hat er als stellvertretender Sektionsdirektor, Prorektor für Erziehung und Ausbildung und in seiner jetzigen Funktion als Sektionsdirektor der Sektion Landtechnik mehrfach unter Beweis gestellt. Er wird als Fachmann und Pädagoge geachtet und genießt das Vertrauen seiner Mitarbeiter.

P., Klaus ist ständig bereit, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen und engagiert sich in der gesellschaftlichen Arbeit.

P., Klaus ist ehrgeizig, tritt jedoch sachlich und bescheiden auf.

Seine Freizeit wird wesentlich durch seine wissenschaftliche Arbeit ausgefüllt. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit handwerklichen Arbeiten bei der Instandhaltung seines Wochenendgrundstückes in Wustrow, Kreis Ribnitz-Damgarten.


[REDACTED]
geb. am: [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Im Wohngebiet werden P., Klaus und seine Ehefrau positiv beleumdet.


P., Klaus ist bestätigter Reisekader für das NSW. Kontakte in das NSW bestehen auf privater Basis nicht, ergeben sich jedoch dienstlich aufgrund von Auslandsreisen und der wissenschaftlichen Korrespondenz. Ungesetzliches Verlassen der DDR aus dem Familienkreis gibt es nicht.

Operative Hinweise beim MfS oder der DVP liegen nicht vor. Beide Personen haben eine positive Einstellung zur Arbeit der Sicherheitsorgane und unterstützen sie aktiv.

Gegen eine Aufnahme von Prof. Dr. Plötner, Klaus in die Kaderreserve des ZK der SED, Abt. Wissenschaften, bestehen keine Bedenken.


Reinhardt
Major

Leiter der Abteilung


Schulz
Oberstleutnant

[Quelle: BArch, MfS, AP Nr. 79728/92, S. 15-16]

Prof. Dr. Plötner wurde am 19.01.1989 in sein Amt als Rektor der WPU eingeführt. Die feierliche Investitur im Großen Haus des Volkstheaters nahm der Minister für Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Prof. Dr. Hans-Joachim Böhme vor.



Gratulanten beim neu gewählten Rektor Prof. Dr. Klaus Plötner am 19.01.1989, Foto: UAR

Prof. Dr. Gerhard Maeß charakterisierte später die Politik unter Rektor Prof. Dr. Klaus Plötner wie folgt:

„Die Botschaftsbesetzungen, die Grenzöffnung in Ungarn und die Demonstrationen, die in Rostock erstmals am 19.10.1989 und ab 21.10.1989 regelmäßig donnerstags unter Beteiligung zahlreicher Studenten und Hochschulangehöriger stattfanden, brachten auf verschiedenen Ebenen Bewegung in die Universität: Die Leitung versuchte, mit Hilfe von Liberalisierungen und Zugeständnissen die Reformbestrebungen zu kanalisieren und auf diese Weise die Entwicklung in der Hand zu behalten.

1.1 Machterhaltung durch Reform von oben

Unter dem Druck der Ereignisse auf der Straße und der an Zahl ständig zunehmenden unzensurierten kritischen Äußerungen in den Medien und in Versammlungen von Universitätsmitgliedern sah sich die alte Universitätsleitung veranlaßt, ihre Bereitschaft zur Erneuerung zu erklären. Am 25.10.1989 wandte sich der Senat »in voller Wahrnehmung seiner durch nichts außer Kraft gesetzten Verantwortung für die weitere Entwicklung unserer Universität [...] an alle Studenten, Arbeiter und Angestellten, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Hochschullehrer der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock mit der Aufforderung, ihre Vorschläge, Meinungen und Angebote zur weiteren Entwicklung [...] einzubringen, um so die notwendige Erneuerung einzuleiten«. Ziel des Aufrufs war, die Vorschläge durch Arbeitsgruppen des Senats bearbeiten zu lassen und damit die Entwicklung unter Kontrolle zu behalten. Eine Legitimation versuchte sich die Universitätsleitung durch eine geheime Abstimmung im turnusmäßig neu (aber nach den alten Prinzipien) gewählten Wissenschaftlichen Rat zu verschaffen: »Mit einer Mehrheit von 96 Stimmen der 110 anwesenden Ratsmitglieder [...] wurde der Rektor [...] in seinem Amt bestätigt und ihm das Vertrauen ausgesprochen, den Prozeß der demokratischen Erneuerung an der 570jährigen Alma mater rostochiensis zu leiten« [...]

Einige bemerkenswerte Ereignisse und Entscheidungen aus der Zeit von November 1989 bis zur Wahl des neuen Konzils im Mai 1990 sollen im folgenden aufgelistet werden:

Die Universitätsparteileitung - die Schattenregierung der Universität, ohne die zu DDR-Zeiten keine wichtige Entscheidung gefällt werden konnte - verschwand bereits im November 1989, etwas später folgten die FDJ-Leitung und die entsprechenden untergeordneten Leitungen in den Sektionen, Kliniken und Instituten.

Eine Rehabilitierungskommission wurde vom Senat am 28.11.1989 eingesetzt. Unter der Leitung eines Juristen aus der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft arbeiteten darin je ein Hochschullehrer aus den Sektionen Chemie, Geschichte, Meliorationswesen/Pflanzenproduktion und Theologie sowie die Justitiarin der Universität. Die ehrliche Bereitschaft, Unrecht der Vergangenheit aufzudecken, einzugestehen und - wenn möglich - wiedergutzumachen, soll hier keinem der Beteiligten abgesprochen

werden. Jedoch kann eine (bewußte oder unbewußte) Voreingenommenheit insbesondere unter den der Kommission angehörenden ehemaligen SED-Mitgliedern nicht völlig ausgeschlossen werden.

Ganz offensichtlich konformistische Gründe hatte die Distanzierung des Senats von einer Senatserklärung aus dem Jahre 1968, in der die (zum Teil gleichen!) Senatoren seinerzeit den Einmarsch in die Tschechoslowakei begrüßt hatten. Ähnliches gilt für die Wiederabschaffung des 1976 eingeführten Namens Wilhelm-Pieck-Universität. Bezeichnenderweise traten ausgerechnet ehemals besonders aktive SED-Genossen in einer Hochschullehrerversammlung am 20.12.1989 für die sofortige Abschaffung des »Ehrennamens« ein. Die Mehrheit empfahl dagegen eine sorgfältige Prüfung der Umstände, die zur Namensgebung geführt hatten, durch eine Senatskommission und eine anschließende Befragung der Studenten und Mitarbeiter der Universität.

Eine Entideologisierung der Universitäten wurde offensichtlich auch vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen der DDR für opportun gehalten. Am 16.11.1989 ordnete er eine Neufassung des § 15 der Promotionsordnung an, nach der in Zukunft »keine Bewertung der vertieften marxistisch-leninistischen Kenntnisse« für das Promotionsverfahren mehr zu erfolgen habe. Interessant ist die verschämte Reaktion der Universitätsleitung. Im Senatsprotokoll [...] findet sich dazu: »Die Dekane werden aufgefordert, in den Fakultäten zu informieren. Eine Mitteilung im Informationsblatt erfolgt nicht.«

Unter dem Eindruck der politischen Entwicklung beschloß die Sektion Marxismus-Leninismus ihre Selbstaflösung. Am 8.12.1989 teilte der Sektionsdirektor dem Rektor brieflich mit, daß »das Kollegium der Sektion [...] nach Beratung mit den Mitarbeitern [...] einstimmig beschlossen hatte, [dem Rektor] den Vorschlag zu unterbreiten, bis zum 13.12.1989 die Sektion [...] aufzulösen und folgende Institute zu gründen: Institut für Philosophie, Institut für Soziologie und Sozialgeschichte, Institut für ökonomische Theorien [später: Bereich Regionalökonomie] und Institut für Kommunalpolitik [später: Institut für Politik und Zeitgeschichte].« Eine Beratung durch den Senat ist hierzu zunächst nicht erfolgt. Das Senatsprotokoll vom 3.1.1990 [...] enthält lediglich zu den beiden erstgenannten Instituten die Sätze: »Auf Anfrage des Dekans der Fakultät für Theologie informierte der Rektor darüber, daß das Institut für Philosophie

und das Institut für Soziologie und Sozialgeschichte gegründet wurden. [...] Die Bestätigung der Konzeptionen erfolgte in der Beratung des Senats am 28.2.1990.

»Die neue Universität - Organ der Universitätsparteileitung« wurde in »Rostocker Universitätszeitung« umbenannt und unter die Verantwortung des Senats gestellt. Dabei wurde das zur 550-Jahrfeier 1969 neu eingeführte (und besonders für ältere Universitätsangehörige mit der dritten Hochschulreform der DDR verknüpfte) Universitäts-Signet stillschweigend durch das historische Siegel der Rostocker Universität (gegründet 1419) ersetzt. Von Bedeutung ist, daß es personell in der Redaktion keine wesentlichen Veränderungen gab. Vielmehr wurde lediglich beschlossen, »die bisherige Pressestelle, den Verantwortlichen für Information (!) sowie die Universitätszeitung [mit einem verantwortlichen Redakteur, zwei technischen Redakteuren und zwei Sekretärinnen] in eine Abteilung Öffentlichkeitsarbeit einzubinden« [...]. Eine demokratische Kontrolle sollte dadurch ermöglicht werden, daß die Dekane und der Studentenrat je ein Mitglied für einen Redaktionsbeirat benennen.

Am 23.1.1990 wurde das in der DDR übliche »Prinzip der Einzelleitung mit kollektiver Beratung« abgeschafft. Im Protokoll [...] heißt es dazu: »Der Rektor greift den Vorschlag [des Dekans der Theologischen Fakultät] auf und wird zukünftig Leitungsentscheidungen durch den Senat treffen lassen. [...] «

Da die jahrzehntelange Abgrenzungspolitik durch die Grenzöffnung sinnlos geworden war, bemühte sich die Universitätsleitung selbst um offizielle Kontakte zu bundesdeutschen Hochschulen (neben Bremen als Partnerstadt Rostocks auch Hamburg, Kiel, Lübeck und Oldenburg). Der Rektor nahm eine Einladung zum Plenum der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) an und war an der - von der WRK unterstützten - Gründung einer DDR- Rektorenkonferenz im März 1990 beteiligt. Bis Juni 1990 gab es Bestrebungen, diese von inzwischen größtenteils abgelösten Rektoren dominierte DDR- Rektorenkonferenz en bloc mit der WRK zusammenzuschließen. Das Juni- Plenum der WRK schloß sich dann aber den Argumenten von inzwischen neu gewählten Rektoren an und entschied sich für eine Einzelaufnahme der ostdeutschen Hochschulen.“

[Quelle: Gerhard Maeß, Die Universität Rostock auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland, in: Renate Mayntz (Hg.) Aufbruch und Reform von oben, Campus Verlag Frankfurt/New York 1994, S. 137-164]

Prof. Plötner kandidierte bei der Rektorwahl am 29.05.1990 im a. o. Konzil nicht wieder.



Der Konzilsvorsitzende Prof. Dr. Horst Pätzold dankt am 29.05.1990 dem scheidenden Rektor Prof. Dr. Klaus Plötner „für die schwierige Amtsführung der letzten Monate“, Foto: UAR

Wolfgang Peters

Januar 2024